



Nummer 13 | September 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

eher ungewöhnlich hat sich der Start in die ersten Sitzungswochen des Bundestags nach der Sommerpause gestaltet:

Es gab einen direkten Einstieg in die Haushalts-Debatte—wenngleich diese fast vollständig vom Flüchtlings-Thema überlagert wurde.

Nach zahlreichen Gesprächen und

Besuchen im Wahlkreis ist mir eines klar geworden:

Wir alle stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen, aber es ist nicht zu leisten, jedem Menschen, der uns um Hilfe bittet, Asyl in Deutschland zu gewähren.

Der Publizist Henryk M. Broder hat es wie folgt formuliert:

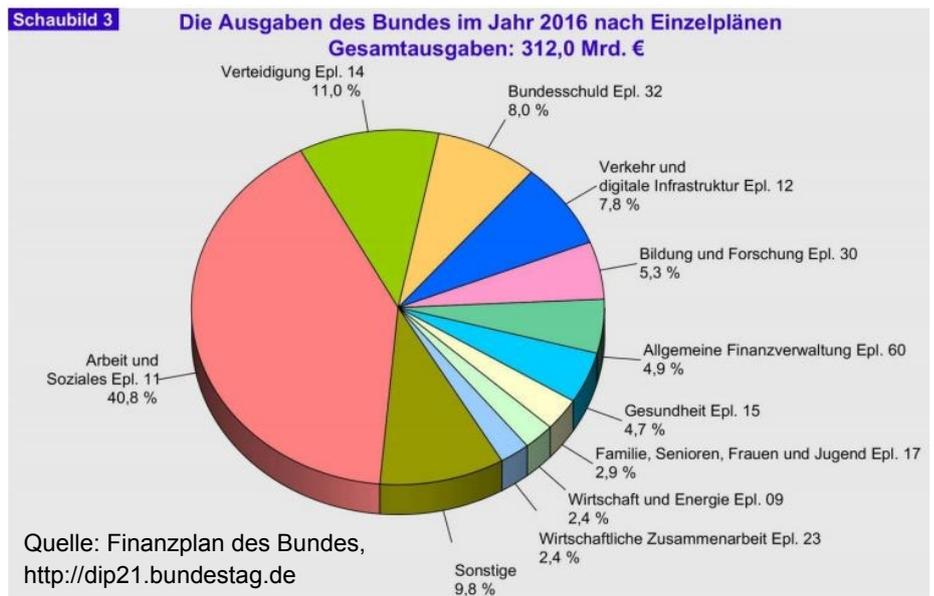
„Wer angesichts der Bilder von Flüchtlingen kein Mitleid empfindet, hat kein Herz. Wer aber nur Mitleid empfindet, hat keinen Verstand.“

Recht hat er: Es ist höchste Zeit mit Herz *und* Verstand zu handeln!

*Ihre  
Astrid Grotelueschen*

## Haushaltsberatungen

In Berlin haben wir in unserer ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause über den Entwurf des Bundeshaushalts 2016 beraten. Wie üblich wird dabei auch gleich der Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019 erörtert. Nach dem Regierungsentwurf sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2016 um 10,4 Milliarden auf 312 Milliarden Euro angehoben werden. Dank unserer leistungsstarken Wirtschaft sowie der soliden und konsequenten Finanzpolitik unter der Federführung von Minister Schäuble streben wir auch weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt an. Und das, obgleich seit dem Kabinettsbeschluss Ende Juni eine völlig neue Lage entstanden ist: Neben der künftigen Finanzierung der Mütterrente und des Zins- und Konjunkturrisikos müssen auch die im Koalitionsausschuss vereinbarten 6 Milliarden Euro für die Flüchtlings- und Asylpolitik im kommen-



den Jahr aufgebracht werden. Um die Fluchtursachen im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika zu bekämpfen, soll der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um 13,5 Prozent auf 7,42 Milliarden Euro ansteigen. Dies ist der höchste Zuwachs seit

Gründung des Ministeriums. So ist für 2016 geplant, 600 Millionen Euro in Flucht- und Aufnahmeländer besonders im Umfeld des Syrien-Konflikts zu investieren. Dies ist aus meiner Sicht der richtige Ansatz: Menschen möchten in ihren Heimatländern bleiben, wenn ihre Sicherheit gewährleistet wird

und sie eine wirtschaftliche Perspektive für sich selbst und ihre Familien haben.

Wichtig ist zudem, dass es in Bezug auf die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung voran geht: Im Bundeshaushalt 2016 wird die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche 10 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018 umgesetzt. Ich hoffe, dass das Land Niedersachsen diese zusätzlichen Mittel nutzt und entsprechende Anträge zügig be-

scheidet. Hervorheben möchte ich auch die zusätzliche Unterstützung unserer Kommunen. Ergänzend zum bereits beschlossenen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ im Umfang von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen hat der Koalitionsausschuss jetzt entschieden, zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation Ländern und Kommunen weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Diese werden über die Umsatzsteuerpunkte verteilt und fließen ohne Zweckbindung an die Bundesländer.

Vollständig berücksichtigt sind zudem die steuerlichen Entlastungen von 5,4 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehenden-Freibetrags und der Milderung der kalten Progression durch Verschiebung der Tarifgrenzen. Alles in allem liegt uns ein ausgewogenes Gesamtpaket vor, dass für die neuen, dringenden Aufgaben zügig die benötigten zusätzlichen Mittel bereitstellt, ohne die Haushaltskonsolidierung aus dem Blick zu verlieren.

---

## Bund handelt konsequent – Land Niedersachsen bei der Umsetzung in der Pflicht

Seit der Flüchtlingsstrom ungebremst auf unser Land zusteuert, habe ich viele Diskussionen und Gespräche im Wahlkreis geführt. Ich nehme wahr, und das nicht nur bei mir selbst, dass auf der einen Seite der Wunsch des Helfens besteht, andererseits die Sorge wächst, dass der nicht kontrollierbare Zustrom von Menschen zunehmend zu Konflikten führen wird. Natürlich erhalte ich auch viele Mails und Briefe. Auch mit den Bürgermeistern und Landräten bin ich im Gespräch. Deshalb weiß ich: Der Bund muss liefern, und das von der CDU/CSU Fraktion vorgeschlagene Zwölf-Punkte-Programm sollte so schnell wie möglich zur kurzfristigen Regulierung der Flüchtlingskrise umgesetzt werden. Wir müssen dabei auf allen Ebenen agieren, gemeinschaftlich und solidarisch, vor allem innerhalb Europas.

Dies wird uns nur gelingen, wenn wir uns auf die wirklich Schutzsuchenden konzentrieren, nach § 16 des Grundgesetzes, nur diejenigen, die politisch verfolgt werden. Der Bund muss zudem die Verfahren schneller bearbeiten und

mögliche Fehlanreize unterbinden. Weiterhin gilt es, die Fluchtursachen zu bekämpfen und weitere Anlaufstellen (Hot Spots) und möglicherweise Erstaufnahmestellen in Nordafrika zu schaffen.

Mittelfristig ist aus meiner Sicht die Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik unerlässlich. Dazu gehört für mich die Begrenzung und die Steuerung der Zuwanderung nach Europa. So gilt es, ein einheitliches Niveau bei den Hilfeleistungen und eine europaweite Verteilung der Menschen zu erreichen. Es kann nicht sein, dass nur eine sehr kleine Zahl von Ländern, unter ihnen Deutschland, den Großteil aller Flüchtlinge aufnimmt.

Alle Maßnahmen, die nunmehr im umfassenden Asylgesetzespaket auf den Weg gebracht werden, wurden mit den Ländern im Vorfeld abgestimmt und unter Einbeziehung von Vertretern der Kommunalverbände erarbeitet.

Hierzu zählt auch eine umfassende, zusätzliche finanzielle Unterstützung. So erhöht der Bund die Ansätze im Haushalt 2016 um 3 Mrd. Euro, und Ländern und Kom-

munen werden weitere 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Für unsere Kommunen in Deutschland sind die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels im Bundeskanzleramt ein gutes Signal. Entscheidend ist jetzt, dass sich die Länder als verlässliche Partner erweisen. Wenn die Grünen im Land Niedersachsen aber bereits jetzt schon wieder ankündigen nicht mitzuziehen bzw. nachverhandeln zu wollen, ist der SPD Ministerpräsident im Wort und in der Verantwortung.

Das ist er auch in Bezug auf die Weitergabe der vom Bund zugesagten, zusätzlichen Mittel. Ich erwarte, dass die Gelder dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden, nämlich vor Ort in unseren Gemeinden und Städten, in denen die Asylbewerber untergebracht sind und betreut werden.

Um die Asylverfahren - nach Erfolgsaussichten gesichtet - zügig bearbeiten zu können, werden Asylbewerber verpflichtet, bis zu sechs Monate, solche aus sicheren Herkunftsstaaten sogar bis zum Abschluss des Verfahrens, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbleiben. Das ist eine wichtige Entlastung für

unsere Gemeinden und Städte, die damit ihre Kapazitäten für die wirklich Schutzbedürftigen vorhalten können.

Um eine schnellere Antragsbearbeitung zu erreichen, werden Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt. Übrigens: Im Sommer 2014 verweigerte das Land Niedersachsen im Bundesrat noch unserer CDU-Forderung nach weiteren sicheren Herkunftsstaaten seine Zustimmung.

An Bewerber aus diesen Staaten, insbesondere aus dem Balkan, geht damit ein deutliches Signal aus, sich erst gar nicht auf den Weg zu machen. Zusätzlich werden auch mögliche, bisherige Fehlanreize bei unberechtigten Asylverfahren korrigiert. Statt einem Taschengeld werden z.B. zukünftig Sachleistungen erbracht, und es kommt zu drastischen Leistungskürzungen für Ausreisepflichtige. Entscheidend in diesem Punkt wird jedoch sein, wie das Land Niedersachsen sich bei dem Thema „Abschiebungen“ verhält. Hier hat die SPD Regierung in den zurückliegenden Monaten versagt!

Im ersten Halbjahr 2015 sind laut Auskunft des Innenministeriums nur 454 Personen abgeschoben worden. Insgesamt leben in Niedersachsen mittlerweile 17.175 Menschen, die ausreisepflichtig sind. Dringend benötigte Unterbringungskapazitäten für tatsächlich Schutzbedürftige stehen somit nicht zur Verfügung. Hier muss unverzüglich und konsequent gegengesteuert werden.

Um zudem für Kommunen die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erleichtern, werden Abweichungen von bauplanungsrechtlichen Standards ermöglicht. Ebenso stellt der Bund alle verfügbaren Plätze in Bundesliegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen auf Anforderungen sofort und mietzinsfrei zur Verfügung, wie z.B. in der Feldwebel-Lilienthal-Kaserne

in Delmenhorst. Die Maßnahmen werden abgerundet, indem den Ländern und Kommunen für die Ausweitung des Bestandes an Sozialwohnungen und für den Neubau von Wohnungen zusätzliche Bundesmittel von 500 Mio. Euro pro Jahr. in den Jahren 2016 bis 2019 zur Verfügung gestellt werden.

Allen Menschen, die mit einer guten Bleibeperspektive zu uns kommen, ermöglichen wir einen besseren Start in unserem Land: Sprachkurse werden ausgeweitet, und berufsbezogene Förderung kann in Anspruch genommen werden. Offen ansprechen muss man jedoch, dass dies nur der erste Schritt auf der langen Wegstrecke zu einer Integration in unsere Gesellschaft ist.

Unerlässlich ist daher, dass Niedersachsen ausreichende Sprach- und Bildungsangebote macht. Hier brauchen wir zusätzliche personelle Kapazitäten in Kindergärten und Schulen, im Sprachlernbereich und in der Schulsozialarbeit. Das ist Länderaufgabe.

Abschließend sei noch erwähnt, dass der Bund sich verpflichtet, die Asylverfahren trotz steigender Antragszahlen auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen. Damit unmittelbar verknüpft ist die Zusage nach weiteren finanziellen Entlastungen, und zwar ab dem 1. Januar 2016. Hierbei sagt der Bund zu, einen Teil der anfallenden Kosten für den Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das BAMF, den durchschnittlichen Aufwand pro Asylbewerber in Höhe von 670 Euro monatlich, zu übernehmen.

Dieses Asylpaket ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt, den es jetzt schnell umzusetzen gilt. Unser Zeitplan ist eng gesteckt: Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrates kann eine Umsetzung ab dem 1. November 2015 erfolgen.

Ich hoffe, dass sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung bewusst sind, und dass wir mit der Umsetzung des Gesetzespaketes eine spürbare Entlastung vor Ort erreichen. Dies wäre zudem ein wichtiges Signal an alle Aktiven, ob den Menschen in unseren Verwaltungen oder den zahlreichen Ehrenamtlichen.

### **Einstufung nach sicheren Herkunftsstaaten wirkt**

Einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zufolge hat die Klassifizierung als sicheres Herkunftsland einen signifikanten Einfluss auf die Zahl der gestellten Asylanträge. So stieg in den ersten acht Monaten des Jahres 2015 die Zahl der Asylverfahren aus den noch nicht als sicher klassifizierten Ländern Albanien, Kosovo und Montenegro von 8.570 auf 70.637 und damit um 724 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Aus den als sicheren Herkunftsländern eingestuften Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien stellten im gleichen Zeitraum nur 32 Prozent mehr Menschen einen Antrag auf Asyl in Deutschland, insgesamt 22.281. Damit wurden bislang in 2015 dreimal so viele Asylanträge aus den als noch nicht sicher klassifizierten Ländern des Westbalkans gestellt als aus den dortigen sicheren Herkunftsstaaten. Vor der Gesetzesänderung im November 2014 war das Verhältnis annähernd umgekehrt.

*Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel*

## Ein Praxis-Tag in der Tankstelle

**S**tatt Plenum Praktikum in einer Tankstelle — diese Erfahrung habe ich vor kurzem in der bft-Tankstelle der Firma Q1 in Delmenhorst machen dürfen. Ich unterhielt ich mich mit Vertretern des Managements, dem Bezirksleiter und der Pächterin Silvia Dziuballe über die wirtschaftliche Situation der Branche und der Tankstelle im Besonderen.

Spannend war aber auch der Blick hinter die Kulissen. Vielfältigkeit zeichnet diese freie Tankstelle aus — vom Einkauf bis zum Produktverkauf. In jeden Bereich habe ich hineingeschaut und auch praktisch mitgearbeitet. Beindruckt hat mich ins-



Silvia Dziuballe hat mich sehr nett in die Arbeit eingewiesen.  
Bild: Q1

besondere die neue Waschanlage, die der Sohn der Pächterin, Christoph Geschonke, betreibt. Sie erfüllt die neuesten Kriterien. Ausstaffiert mit einem Blaumann habe

ich sogar selbst den Hochdruckreiniger zur Vorwäsche in die Hand nehmen dürfen. Eines ist auf jeden Fall gewiss: Mutter und Sohn machen einen tollen Job!

## Erfolgreiche Thementage

**G**esundheit und Pflege, gute Versorgung einschließlich menschlicher Zuwendung sind für mich wichtige Themen. Daher freue ich mich, dass die Thementage, die ich dazu im Wahlkreis organisiert habe, so guten Zuspruch gefunden haben. Etwa 60 Besucher kamen zur öffentlichen Veranstaltung mit Staatssekretär Karl-Josef Laumann nach Lemwerder, und knapp 100 waren es im Deutschen Haus in Kirchhatten. Das zeigt, dass das Thema Pflege die Menschen bewegt. Laumann gestaltete seine Vorträge unter dem Titel „Wie sichern wir gute Pflege“ sehr interessant. Man konnte sofort merken, dass er mit Herzblut am Thema dran ist.



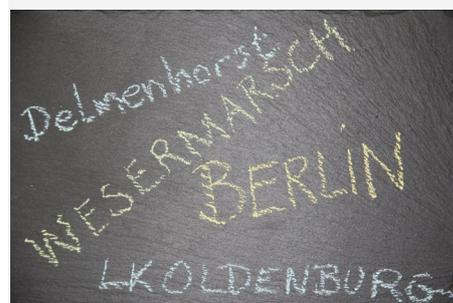
Auf Info-Tour mit Karl-Josef Laumann.

Ebenso war es bei unserer gemeinsamen Besichtigung im Krankenhaus Johanneum in Wildeshausen, bei der wir ein informatives Gespräch mit der Geschäftsleitung führten.

Auch die Diskussionsrunde des Gesundheitspolitikers Dr. Roy Kühne mit Vertretern aus Heilmittelberufen in Delmenhorst fand gute Resonanz. Die Thementage waren ein voller Erfolg, auch dank Ihnen!

## Unterwegs:

- 28.09. bis 02.10.2015 Sitzungswoche in Berlin
- 05.10.2015 Ratssitzung Gemeinde Großenkneten
- 08.10.2015 Infoabend der MIT Wesermarsch im Technologiezentrum Nordenham



## Astrid Grotelüschen MdB

**Berliner Büro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de  
Tel.: +49 30 227-74607

**Bürgerbüro**  
Zwischenbrücken 5b  
27793 Wildeshausen  
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de  
Tel.: +49 4431 9554526  
Fax: +49 4431 9554527

**Bürgerbüro**  
Lange Straße 62  
27804 Berne  
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de  
Tel.: +49 4406 9729966